

19. Wahlperiode

## **Antrag**

der Fraktion der CDU

### **Es reicht: Endlich für eine bessere Schule in Berlin sorgen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Noch nie waren der Schulplatz- und Lehrermangel so gravierend wie aktuell! Zum Schuljahr 2022/23 fehlen mindestens 1000 Lehrerinnen und Lehrer und knapp 400 Schülerinnen und Schülern kann bis jetzt kein Platz an einer weiterführenden Schule angeboten werden!

Dies ist eine Bankrotterklärung für die Arbeit des Bildungssenats. Jetzt heißt es handeln und eine Strategie aufstellen, die die Schulen in die Lage versetzt, wieder bei mindestens 100% Lehrerausstattung anzukommen und den Schülerinnen und Schülern Schulplätze entsprechend ihrer Bildungsempfehlung anzubieten.

Der Senat ist aufgefordert, sofort einen Maßnahmenkatalog mit kurz-, mittel- und langfristigen Maßnahmen vorzulegen, um diesen Zustand zu beheben. Für eine Steigerung der Anzahl an Lehrerstunden sind folgende Maßnahmen geeignet:

- Aktivierung aller Ressourcen an allen Schulformen in Berlin, um an allen Schulstandorten das qualifizierte Unterrichten der Stundentafel garantieren zu können;
- Individuelle Angebote an interessierte Teilzeitkräfte mit flexiblen Laufzeiten innerhalb des Schuljahres;
- Rückführung abgeordneter Lehrerinnen und Lehrer, da der Bildungs- und Erziehungsauftrag im Land Berlin aktuell absoluten Vorrang haben muss;

- Eine schnelle und unkomplizierte Umwandlung von unbesetzten VZÄ, die auch nach mehrmaliger Prüfung nicht besetzt werden konnten, in andere, an Schule dringend benötigte Professionen – beispielsweise Lerntherapeuten, Logopäden, Ergotherapeuten, Psychologen, Heilerzieher, Sozialarbeiter, Kinderkrankenschwester etc.;
- Eine intensive Qualifizierung und Betreuung von interessierten Quereinsteigern, um in der angespannten pädagogischen Situation nicht zusätzliche Probleme zu schaffen;
- Individuelle Angebote an interessierte pensionierte Lehrkräfte für eine mögliche Rückkehr an die Schulen;
- Motivationsangebote für rückkehrende Lehrerinnen und Lehrer aus anderen Bundesländern gem. Drucksache 19/0060 vom 13.12.2021 (!): Vorfahrt für Bildung – Berlin braucht endlich eine Lehrkräfteoffensive;
- Konkrete Angebote für interessierte Lehramtsstudenten, um bereits während des Studiums Praxiserfahrung sammeln zu können;
- Eine Anpassung der Hochschulverträge, um schnellstmöglich die Quantität der Lehramtsstudenten zu steigern und dabei die Qualität des Studienganges zu wahren.

Für eine kurz- und mittelfristige Steigerung an Schulplätzen sind folgende Überlegungen geeignet:

- das Bereitstellen einer Containerreserve für das Land Berlin, um schnell und effektiv bei Bedarf reagieren zu können;
- ein beschleunigtes und entschlacktes Prüfverfahren bei alternativen Schulräumen, wie z.B. Gemeinderäumen, Stadtteilzentren, Jugendfreizeiteinrichtungen etc., und nicht wie bisher 6-9 Monate;
- der Bau von Typenschulen in unterversorgten Kiezen, um möglichst innerhalb von 2-3 Jahren einen neuen Schulstandort zu eröffnen;
- eine auskömmliche Finanzierung der Berliner Schulbauoffensive, um keine weitere Verzögerung im Schulausbau zuzulassen.

### ***Begründung:***

Zunächst beerdigt die Koalition die eigenverantwortliche Schule mit der Streichung des Verfügungsfonds, bei dem bis heute nicht klar ist, ob und in welchem Umfang er zurückkommen wird. Und nun stehen die Berliner Schulen zusätzlich vor der Herausforderung, die Abwägung zwischen klassischem Unterricht, Profilbildung und inklusiven Förder- und Förderangeboten zu treffen.

Denn nichts anderes bedeutet eine Deckelung der Lehrkräftezumessung auf unter 100%. An Schulen mit einer leistungsorientierten Schülerschaft wird man auf die Studentafel setzen. An Schulen mit einer sehr heterogenen Schülerschaft oder handlungsorientierten Angeboten wird wohl eher eine Stunde GeWi- oder NaWi-Unterricht oder Ku/Mu ausfallen zugunsten von Teilungs- und Förderstunden oder Lernwerkstätten. Denn die Pädagogen an diesen Schulen wissen um den Mehrwert solcher Angebote für ihre Schüler.

Die Schulen sind mit dieser Mammutaufgabe alleine gelassen, denn wieder einmal fischt der Senat im Trüben. Ohne jegliche Ideen und Maßnahmen werden die verheerenden Zahlen präsentiert.

Zusätzlich wird noch bekannt, dass aktuell knapp 400 Schülerinnen und Schülern in Berlin kein Angebot für eine weiterführende Schule gemacht werden kann. Trotz aller bezirksübergreifenden Konferenzen, war es nicht möglich diese Lücke zu füllen.

Bei all diesen Themen kommen die bisher 3.000 geflüchteten Kinder und Jugendlichen der Ukraine noch dazu. Die Stadtgemeinschaft hat empathisch und solidarisch reagiert und die Ukrainer in ihrer Mitte aufgenommen.

Experten rechnen über die Sommermonate mit einem Anstieg an geflohenen Kindern, die zu betreuen und zu beschulen sind.

Berlin, 31. Mai 2022

Wegner Günther-Wünsch  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU